

# Stadt Oranienburg



Vorlage-Nr.



Mitteilungsvorlage des Bürgermeisters

Bezeichnung der Vorlage Aktueller Stand Kampfmittelsuche		Stadtamt 32	0499/2020		
öffentlich					
		Genehmigungsvermerk  Datum			
Beratungsfolge	Sitzungstermin	Beratungsergebnis			
		+	-	o	
Ausschuss für Finanzen und kommunale Unternehmen	28.01.2021				
Hauptausschuss	08.02.2021				
Stadtverordnetenversammlung	22.02.2021				

#### Sachdarstellung:

Auf der Grundlage des am 26.09.2011 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Konzeptes Kampfmittelsuche/Straßenbauprogramm und den am 28.09.2015 und 12.10.2016 Fortschreibungen wurde auch für das Kalenderjahr 2020 ein Maßnahmenplan erarbeitet. Dieser Maßnahmenplan sieht jährlich die Abarbeitung im Rahmen der systematischen Kampfmittelsuche von Clustern, städtischen Liegenschaften und kommunalen Verkehrsflächen vor.

In der Anlage 1 ist der Abarbeitungsstand bis zum 30.12.2020 dargestellt. Diese Tabelle stellt einen Abgleich zwischen Juni 2010 und Dezember 2020 mit den ausgewählten Nutzungsarten dar

#### Bombenneutralisierungen in 2020

Am 18.02.2020 musste eine 250 kg Bombe im Wald nördlich des Gewerbegebietes in Sachsenhausen unschädlich gemacht werden. Ein Aufschlagzünder wurde entschärft, ein anderer erfolgreich gesprengt.

Am 18.11.2020 konnte eine 500 kg Bombe mit chemischem Langzeitzünder am Inselweg in Lehnitz erfolgreich entschärft werden. Die Evakuierungsmaßnahme unter pandemischen Bedingungen stellte besondere Herausforderungen alle Beteiligten sowohl in der Vorbereitung als auch in der Realisierung.

#### Systematische Kampfmittelsuche in 2020

Die Kampfmittelsuche in der Kleingartenanlage am Treidelweg und auch die Flächen der ehemaligen „Biberfarm“ sind abgeschlossen worden.

Als positiv haben sich bereits jetzt erste „Straßencluster“ erwiesen, die kurz vor dem Abschluss stehen. Erstmals wurden in räumlicher Nähe liegende unbefestigte Straßen in zeitlichem Zusammenhang durch eine Räumfirma überprüft. Sowohl der Kampfmittelbeseitigungsdienst des Landes Brandenburg ( KMBD ) als auch die Stadt sehen dabei überwiegend Vorteile, da mehr Flexibilität erreicht wird. Ohne Absuche konnten der Dachs- und der Schwanenweg, die Uferpromenade, die Mozart-, Beethoven-, Hayden-, Schumann-, Lortzing-, Liszt- und Schubertstraße freigegeben werden. Der Waldweg in Lehnitz wurde nach Beräumung freigegeben.

Die Pawlowstraße, der Roseggerweg und das Grundstück der Kita/Schule in der Friedrichstraße konnten aus dem Verdacht der Kampfmittelbelastung entlassen werden. Freigaben erhielten die Elisabeth-, die Augusta-, die Luisenstraße und der Bötzower Weg.

Die Maßnahmen auf den Havelwiesen, dem Badeweg und den Gärten am Fischerweg dauern noch an.

In intensiver Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde wurde die eigenfinanzierte Kampfmittelsuche auf der künftigen Flugpionierstraße sowie der erste Teil der künftigen Friedenthaler Schleuse betrieben.

Im Rahmen der „Modellregion Oranienburg“ konnten mengenmäßig mehr Räumstellenanzeigen festgestellt werden, die Abstimmung mit dem KMBD wurde intensiviert.

Mit dem Bundeswasserschiffartsamt und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben entwickelte sich eine gute Zusammenarbeit.

#### Aufwendungen

Die im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel wurden nur teilweise in Anspruch genommen, knapp 2,2 Mio. € für die systematische Kampfmittelsuche im Stadtgebiet verwandt. Forderungen der Unteren Naturschutzbehörde waren zu berücksichtigen und führten zum Verzug von Maßnahmen. Die durch den KMBD gebundenen Räumfirmen waren anderweitig tätig bzw. suchten Fachpersonal.

Auch die finanziellen Mittel für die Kampfmittelsuche im Vorfeld des Baus der Friedenthaler Schleuse wurden nicht in Gänze in Anspruch genommen. Notwendige Gespräche mit den Fördermittelgebern sowie der niedrige Wasserstand und wiederum Forderungen der Unteren Naturschutzbehörde verhinderten die geplante Untersuchung.

Zu den beantragten Erstattungen aus der Richtlinie über die finanzielle Unterstützung der Länder durch den Bund für die Beseitigung ehemals alliierter Kampfmittel ( Weltkriegsmunition ) auf nicht bundeseigenen Liegenschaften konnte kurz vor Jahresende noch ein Geldeingang in Höhe von 332.582 € festgestellt werden, zum Antrag für die Grundwasserabsenkung wurden 45.851 € überwiesen.

#### Anlage:

Entwicklung der aus dem Verdacht der Kampfmittelbelastung entlassenen Flächen im Vergleich 2010 zu 2020

